

Zwischen europäischer und nationaler Identität - zum Diskurs über die Osterweiterung der EU

Brusis, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brusis, M. (2003). *Zwischen europäischer und nationaler Identität - zum Diskurs über die Osterweiterung der EU*. (CAP Working-Paper). München: Universität München, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-375968>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Martin Brusis

Zwischen europäischer und nationaler Identität - Zum Diskurs über die Osterweiterung der EU

Beitrag für den Band „Europäische Öffentlichkeit – Bürgergesellschaft – Demokratie“ hg. von Ansgar Klein et al., Opladen, Leske + Budrich 2003, S.255-272

Einleitung

Ziel dieses Beitrags¹ ist es, die Voraussetzungen bzw. Erfolgsfaktoren der Fusion nationaler und europäischer Identitätskonstrukte im Kontext der Osterweiterung der Europäischen Union herauszuarbeiten. Die Beziehung zwischen nationaler Identität, europäischer Identität und der davon zu unterscheidenden EU-mitgliedstaatlichen Identität gewinnt zunehmend an politischer Bedeutung, da die meisten Regierungen der Beitrittsländer derzeit beabsichtigen, Referenden über die EU-Mitgliedschaft abzuhalten. Dadurch machen sie den Beitritt ihres Landes abhängig davon, wie die Bürger zentrale nationale Interessen wahrnehmen und ob die nationalen Interessen mit den erwarteten Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft vereinbar sind. Interessen- und Problemwahrnehmungen sind eingebettet in Identitätsverständnisse, die einem kontinuierlichen öffentlichen Deutungsprozess unterliegen.

Europäische und nationale Identitäten können nicht adäquat wissenschaftlich betrachtet werden, wenn man sie in einem substanzialistischen Zugriff als stabile und unveräußerliche Merkmale einer Gemeinschaft bestimmt. Vielmehr handelt es sich bei ihnen um „variabel konfigurierte und permanent umstrittene politische Felder“, gedeutet und besetzt von politischen Akteuren, die konkurrierende Interessen vertreten und ihre Politik symbolisch inszenieren (Brubaker 1996). In dieser theoretischen Perspektive stellt die Definition und Neu- bzw. Umdefinition öffentlicher, kollektiver Identitäten das primäre Interessen- und Forschungsgebiet dar (vgl.a. Risse 2001; Wodak et al. 1998). Eine derartige konstruktivistische bzw. neo-institutionalistische Sichtweise impliziert, dass die Bedeutung europäischer, nationaler oder einer anderen Identität nicht a priori bestimmt werden kann, sondern aus dem kommunikativen Prozess hervorgeht, in dem politische Akteure Bedeutungen zuweisen und akzeptieren.

In diesen diskursiv vermittelten Deutungsprozessen entstehen hybride national spezifische europäische und „europäische nationale“ Identitäten (Spohn 2000). Das Kernargument des Papiers lautet, dass die Konstruktion nationaler Identität als wesensmäßig europäische und damit als eingebettet in europäische Werte und Normen die politisch-kulturelle

¹ Der Text entstand im Rahmen eines Projektes zu den Folgefragen der EU-Osterweiterung, das die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für Angewandte Politikforschung der Universität München durchführt. Die hier dargestellten Überlegungen basieren auf Einzelstudien zu den zehn Beitrittsländern, die in einem Band von Petr Drulák (2001) herausgegeben wurden. Der Autor dankt den Autoren dieses Bandes und insbesondere auch Janis Emmanouilidis für die instruktive Kritik und Kommentierung.

Konsolidierung der Demokratie sowie die Institutionalisierung der Bürgergesellschaft ermöglicht hat (vgl.a. Schöpflin 2000). Die politischen Akteure im EU-System waren bisher nur unzureichend in der Lage, die politische Außendarstellung der EU und des Osterweiterungsprojektes in Einklang mit dieser Priorität der Demokratie-Entwicklung zu bringen.

Der Beitrag ist folgendermaßen aufgebaut: Der erste Abschnitt skizziert auf der Basis von Umfragen und Länderstudien, wie die öffentliche Perzeption Europas und der EU-Mitgliedschaft sich in den mittel- und osteuropäischen Ländern in den letzten zehn Jahren verändert hat. Die folgenden beiden Abschnitte beschreiben Länderunterschiede in EU-bezogenen Einstellungen sowie euroskeptischen Haltungen und ihre Determinanten. Dabei wird versucht, die beobachtbaren Definitionen europäischer Identität auf die Konfiguration von Konfliktlinien zu beziehen, die die Parteiensysteme in Mittel- und Osteuropa strukturieren. Der letzte Abschnitt untersucht, wie die EU als externer Akteur europäische nationale Identität kommuniziert.

1 Wandel der Europa-Perzeption in Mittel- und Osteuropa

Wenn man das Eurobarometer Mittel- und Osteuropa, das im Auftrag der Kommission von 1990 bis 1998 jährlich durchgeführt wurde, sowie neuere Meinungsumfragen, Interviews und Diskursanalysen zur Haltung der politischen Eliten auswertet, lassen sich vier allgemeine Tendenzen oder Spezifika der Europa- bzw. EU-Perzeption in den Beitrittsländern beobachten:

Erstens ist die in Meinungsumfragen ermittelbare Zustimmung zum EU-Beitritt in den meisten Beitrittsländern gefallen. Da kein Material aus neueren länderübergreifenden Umfragen vorliegt, mögen einige Illustrationen genügen. Nach einer tschechischen Umfrage hätten nur 38 Prozent der Tschechen im Juni 2001 bei einem Referendum für den EU-Beitritt gestimmt, 1997 lag dieser Anteil noch bei 45 Prozent (FAZ vom 23.6.01). Im Mai 2001 erklärten bei einer Umfrage 58 Prozent der Polen, dass sie für den EU-Beitritt stimmen würden (FAZ vom 23.5.01). Damit erreichte die Zustimmung, die 1994 noch bei 77 Prozent lag, einen neuen Tiefpunkt (Szczzerbiak 2001). Im März 2001 ergab eine Umfrage in Estland, dass nur 33 Prozent der Befragten bei einem Referendum für den Beitritt stimmen würden, während die Zahl der Gegner auf 36 Prozent anstieg.²

Zweitens lässt sich eine gewisse Rationalisierung von Einstellungen zu ‚Europa‘ ausmachen, die sich z.B. darin manifestiert, dass die Eurobarometer-Umfragen in vielen Beitrittsländern weniger positive Bewertungen der EU verzeichnen und mehr Befragte ein neutrales Bild der EU angeben.

Wandel des EU-Images in den Beitrittsländern

(Prozent)	positiv		neutral	
	1990-*	2001	1990-*	2001
Bulgarien	47	70	14	17
Estland	38	24	35	47

² Information von Aksel Kirch, 17.5.01

Lettland	45	33	35	45
Litauen	51	39	21	36
Polen	46	44	24	32
Rumänien	52	70	11	13
Slowakei (CSFR)	43	48	26	33
Slowenien	45	38	37	42
Tschechien (CSFR)	49	46	23	24
Ungarn	51	51	27	31

Quelle: European Commission: Central and Eastern Eurobarometer No. 6 (1996) und Applicant Countries Eurobarometer 2001; die Jahresangaben bezeichnen die Veröffentlichungs-, nicht den Durchführungszeitpunkt der Umfragen.*Angaben für die Baltischen Länder und Rumänien stammen vom MOE-Eurobarometer 1991, die Angaben für Slowenien sind vom folgenden Eurobarometer (1992).

In den frühen 90er Jahren war die Bedeutung europäischer Identität eng verbunden mit der Abkehr von der staatssozialistischen Vergangenheit. Der Slogan ‚Zurück nach Europa‘ repräsentierte ein diffuses und affektives Europabild: Europa als eine wünschenswerte Gegenwelt zu einer trostlosen staatssozialistischen Realität mit ihrer kommunistischen Ideologie, sowjetischen Hegemonie und marxistisch-leninistischen Staats- bzw. Gesellschaftsorganisation. Die Vorstellung einer Rückkehr nach Europa implizierte, dass das eigene Land über lange Perioden seiner Geschichte und in seiner zivilisatorisch-kulturellen Orientierung Teil Europas gewesen war, aber aufgrund unglücklicher historischer Ereignisse künstlich von Europa abgekoppelt wurde. Diese Geschichtsdeutung negierte eine (theoretisch mögliche) alternative Vorstellung Europas als weiter gefassten kulturellen und zivilisatorischen Raum, der auch die Region östlich bzw. südöstlich der eigenen Grenzen einschlosse. Insofern als diese diffus-affektive Vorstellung von Europa dominierte, bedeutete Europa das gleiche wie die Mitgliedschaft in der EU und umgekehrt. Es gab keinen Grund, zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Europa, zwischen der EU-Mitgliedschaft, der Mitgliedschaft in anderen europäischen Organisationen und der Zugehörigkeit zur europäischen Kultur zu differenzieren.

Diese Vorstellung ist zunehmend einer utilitaristischen Vorstellung der EU-Mitgliedschaft gewichen, die in den fortgeschrittenen Beitrittsländern stärker präsent ist als in den zurückliegenden Ländern. Rationalisierte Definitionen haben an Bedeutung gewonnen, sowohl was das durch die EU repräsentierte Europa betrifft, als auch in Meinungen über die Beziehungen des eigenen Landes zu diesem Europa.

- Die für den Beitritt zur EU genannten Begründungen rekurren weniger auf allgemeine historische und geopolitische Notwendigkeiten und weisen vermehrt auf die konkreten ökonomischen und sicherheitspolitischen Vorteile hin.
- Befürworter der EU-Mitgliedschaft betonen stärker den ökonomischen und politischen Nutzen der Integration für das eigene Land.
- EU-Mitgliedschaft stellt nicht mehr einen Selbstzweck dar, sondern ein Mittel, um eine ökonomische Modernisierung sowie politische Stabilität zu erreichen und um angesichts der Globalisierung nationale Souveränität wiederherzustellen.
- Die EU-Mitgliedschaft wird stärker abgelöst vom Europäisch-sein bzw. der Definition europäischer Identität.
- Nachteile und Kosten der EU-Mitgliedschaft werden deutlicher wahrgenommen und

artikuliert.

Diese nüchternere, entzauberte Perzeption kann man als selbstverständliche Entsprechung zu dem langandauernden Erweiterungsprozess und dem technokratischen Modus der Beitrittsverhandlungen und –vorbereitungen interpretieren. Man könnte sie sogar als funktional notwendige Identitätsverschiebung deuten, die die technische Realisierung der Mitgliedschaft ermöglicht und weniger enttäuschungsanfällig als eine affektiv-diffuse Europa-Perzeption ist. Dieser Perzeptionswandel impliziert jedoch auch, dass die politischen Entscheidungen der EU im Erweiterungsprozess mehr Erklärungen benötigen und mit höherer Wahrscheinlichkeit Kontroversen in den Beitrittsländern auslösen.

Ein drittes allgemeines Merkmal der öffentlichen Diskussion in den Beitrittsländern ist, dass fast ausschließlich über den Weg des eigenen Landes zum EU-Beitritt statt über die eigene Rolle bzw. Positionierung innerhalb der EU diskutiert wird (vgl. Gyárfášová 2001). Beitrittsprobleme dominieren die politische Agenda, während der Entwicklung bzw. Definition einer „Mitgliedsidentität“ (Janusz Reiter) nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dies liegt teilweise an der strategischen Zurückhaltung von Regierungsvertretern, exponierte Positionen zu beziehen, die bei Regierungen von Mitgliedstaaten mit einer anderen Grundhaltung zur Integration Besorgnis wecken und deren Bewertung des Beitrittswunsches beeinflussen könnten. Unabhängig von dieser verhandlungsstrategischen Selbstbeschränkung scheinen die politischen Eliten der Beitrittsländer über erstaunliche Definitionsspielräume zu verfügen, wenn es darum geht, zu bestimmen, dass ihr Land stärker integrationsbereite oder eher intergouvernementalistische Grunddispositionen zur Zusammenarbeit in der EU bzw. zur Zukunft der EU einnimmt.

Für diese politische Flexibilität bieten sich zwei Erklärungen an, die mit der Situation der Bürgergesellschaft in Mittel- und Osteuropa zusammenhängen. Zum Einen erscheinen die politischen Eliten in den Beitrittsländern stärker abgekoppelt von der öffentlichen Meinung und der allgemeinen Gesellschaft als in den westeuropäischen Demokratien. Letztgenannte haben über Jahrzehnte (Jahrhunderte) hinweg eine politisch-kulturelle Konsolidierung erfahren, die sich in festgefügtten Konfliktlinien und öffentlichen Erwartungen hinsichtlich der Mitgliedsrolle eines Landes in der EU niederschlägt (Haller 1999). In den Beitrittsländern existiert dagegen noch keine informierte, ausgeprägte öffentliche Meinung und kein entwickelter öffentlicher Konsens über die Züge einer Mitgliedsidentität in der EU. Zum anderen ist der inländische Kontext der Diskussion in den Beitrittsländern geprägt durch die Tradition der Übernahme moderner Institutionen aus dem Westen („imitative Modernisierung“) sowie die historisch nahe Erfahrung eines grundlegenden Verfassungswandels im Zuge des politischen Übergangs. Diese Erbschaften erzeugen zumindest in Ostmitteleuropa eine größere Offenheit gegenüber international propagierten institutionellen Arrangements und „best practices“ (Jacoby 2001).

Viertens fällt an der öffentlichen Europa-Diskussion in Mittel- und Osteuropa auf, dass Sprecher in einer Vielzahl von Äußerungen das jeweilige Publikum daran erinnern, dass das eigene Land zu Europa gehört, Teil Europas, der europäischen Kultur etc. ist. Diese - verglichen mit der westeuropäischen Debatte zahlreichen - Verweise scheinen *europäische Zugehörigkeit* als eine Legitimationsressource zu mobilisieren, auf die die politischen Eliten der Region zurückgreifen können. Diese affektive Selbst-Identifizierung mit Europa wurde durch den oben beschriebenen Rationalisierungsprozess moderiert, aber sie scheint noch immer stärker ausgeprägt als die Vorstellung einer Zugehörigkeit zu Europa in

westeuropäischen Ländern. Sie weist eine gewisse Ähnlichkeit mit dem *permissiven Konsens* auf, der in den Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaften nach dem Zweiten Weltkrieg existierte, der Überzeugung von der friedensbildenden Funktion politischer Integration, die den politischen Eliten die Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte ermöglichte (Lindberg/Scheingold 1970). Die politischen Eliten in den Beitrittsländern scheinen noch über einen ähnlichen Vertrauensvorschuss zu verfügen, der in den EU-Mitgliedstaaten im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte erodierte (Niedermayer 1995).

2 Nationale europäische Identitäten

Aus Sicht der EU scheinen die Beitrittsländer mehr Gemeinsamkeiten untereinander zu haben als im Verhältnis zu den EU-Mitgliedstaaten oder zu anderen Regionen Osteuropas sowie zu anderen postsozialistischen Ländern. Indem die EU einen gleichsetzenden Status von ‚Kandidaten‘ in ‚Mittel- und Osteuropa‘ und einen Unterstützungsrahmen auf der Basis universalistischer Prinzipien schuf, trug sie selbst entscheidend dazu bei, diese Ähnlichkeit zu stärken. Eine genauere Betrachtung der möglichen Einflussfaktoren für die Formulierung einer europäischen Identität zeigt jedoch, dass bedeutsame nationale Unterschiede bestehen und die Grunddisposition eines Staates gegenüber der EU nach dem Beitritt präjudizieren. Zu den wichtigsten Einflussfaktoren gehören die historische Erfahrung mit Integrationsprozessen und die Konstellation historischer bzw. neuerer Prozesse der Nationalstaatsbildung.

Auf den ersten Blick könnte man hier zwischen den Beitrittsländern unterscheiden, die bereits während der staatssozialistischen Zeit souveräne Nationalstaaten darstellten (Bulgarien, Polen, Rumänien, Ungarn) und den Nationalstaaten, die nach 1989 souverän wurden (Tschechien, Slowakei, Slowenien und die drei Baltischen Staaten). Es gibt jedoch nur wenig empirische Evidenz zur Unterstützung der Annahme, dass die letztgenannten Länder alle über eine weniger entwickelte, elaborierte nationale Identität aufgrund ihrer kürzeren Staatlichkeits-Erfahrung verfügen – oder, alternativ dazu, über eine stärker betonte, selbstbehauptungswillige nationale Identität infolge ihrer lebendigeren Erinnerung an den nationalen Unabhängigkeitskampf. Nationale Identitäten ebenso wie nationale europäische Identitäten scheinen vielmehr kondensierte Erinnerungen darzustellen, die über einen längeren Zeitraum, der auch die vorsozialistische Staatlichkeitserfahrung etablierter Nationalstaaten umfasst, akkumuliert werden. In dieser Perspektive der *longue durée* haben auch die älteren Nationalstaaten Erinnerungen gefährdeter Staatlichkeit.

Die historischen Nationsbildungsprozesse in der Region erfolgten in Gegnerschaft zu den vorherrschenden autoritären Monarchien in Österreich, Preußen-Deutschland und Russland bzw. gegen das Osmanische Reich (Schödl 1993). Von den fünf ostmitteleuropäischen Nationen, die voll oder teilweise zum Habsburger Reich gehörten, gelang es nur Ungarn, innerhalb der Habsburger Monarchie eine Machtteilung zu erreichen und den eigenen Nationalstaat innerhalb dieses Integrationsrahmens zu etablieren. Die polnischen und tschechoslowakischen Nationalbewegungen konnten ihre Nationalstaaten erst nach dem Zerfall der alten Ordnung und gegen die kontinentaleuropäischen Großmächte errichten. Die polnischen und tschechoslowakischen Nationalstaatsgründungen der Zwischenkriegszeit fielen ebenso wie die Baltischen Staaten dann erneut den Großmächten Deutschland und Sowjetunion zum Opfer. Slowenien schloss sich nach dem Ende der Habsburger Monarchie dem Königreich Jugoslawien an. Aber die slowenische Nationalbewegung begann sehr bald, nationale Identität im Gegensatz zur jugoslawischen nationalen Idee, zum (wahrgenommenen)

zentralistischen Charakter des Königreichs und zur staatssozialistischen Föderation zu definieren. Der bulgarische und rumänische Nationalstaat entstanden aus langwierigen Kämpfen gegen das Osmanische Reich.

Mit Ausnahme des ungarischen Arrangements in der Habsburg-Zeit, des gemeinsamen polnisch-litauischen Königreichs im 18. Jahrhundert und der Tschechoslowakischen Föderation fehlt den Beitrittsländern die historische Erfahrung einer funktionierenden Integration mit den benachbarten Großmächten. Die erfahrene existenzielle Bedrohung trug zur Entstehung eines Assoziationskontextes bei, in dem nationale Selbstbestimmung gegen die benachbarten Großmächte, nicht aber als Machtbeteiligung bzw. -teilung mit ihnen gedacht und verstanden wird (Forward Studies Unit 1998). Das staatssozialistische Integrationsmodell des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe bzw. des Warschauer Paktes verstärkten die Perzeption von Integration als Abhängigkeit, Dominanz und Unterdrückung.

Der Integrationsrahmen der Tschechoslowakischen Föderation hat markante Spuren hinterlassen, die die Disposition der beiden Nachfolgestaaten gegenüber der Integration prägen. Tschechische und slowakische Identitätsdefinitionen entwickelten sich in einem asymmetrischen Verhältnis zueinander im Kontext des demokratischen Staates der Vorkriegszeit und der staatssozialistischen Nachkriegsföderation. In dem Maße, wie die Tschechen ihre Identität als staatsbürgerliche, nicht-ethnische Identität verstanden, erschien sie ihnen gleichbedeutend mit der tschechoslowakischen Identität und dem dazugehörigen Staat (Brodský 2001). Die slowakische Nationalbewegung deutete diese Identitätsdefinition jedoch als ethnische und sah in der Gleichsetzung zwischen tschechischer und tschechoslowakischer Identität den Kern des tschechischen Vorherrschaftsanspruchs im gemeinsamen Staat. Infolgedessen steht das slowakische Nationalstaatsverständnis in starker Polarität zum tschechoslowakischen Integrationsrahmen, was gleichzeitig auch bedeutet, dass – tschechoslowakische wie europäische - Integration in größerem Maße als Gegenmodell zu ethnischem Nationalismus fungiert. Das tschechische Nationalstaatsverständnis ist dagegen viel unabhängiger und insofern auch indifferenter gegenüber dem tschechoslowakischen – wie europäischen – Integrationsrahmen.³

Was die geläufige Unterscheidung zwischen Kulturnation und Staatsnation bzw. *ethnic* und *civic nationalism* betrifft, liegen alle Beitrittsländer auf dem historischen Entwicklungspfad einer Staatsbildung durch kulturell-ethnische Gemeinschaften. Die Bedeutung des kulturell-ethnischen Nationsverständnisses erschließt sich z.B. in der romantisch-messianischen Dimension des polnischen Kampfrufs „Für unsere und eure Freiheit“ (Krzeminski 2001: 66) oder der nationalistischen Dimension der ersten anti-kommunistischen Massendemonstration in Ungarn, die zur Unterstützung der unterdrückten magyarischen Minderheit in Siebenbürgen stattfand. Im Verlauf der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Modernisierung haben jedoch alle Nationalstaaten der Region bürgergesellschaftlich-politische Elemente nationaler Selbstdefinition inkorporiert, wodurch die Grenzen zwischen ethnisch-kulturellem und „civic nationalism“ verwischten (Brubaker 1999).

Dagegen scheint der Zentrums-Peripherie-Gegensatz in der Nationalstaatsbildung für die national unterschiedliche Bedeutungsausprägung nationaler Identität relevant zu sein (vgl.

³ Die Analogiebildung zwischen tschechoslowakischem und europäischem Integrationsrahmen folgt der Logik institutionalistischer Erklärungen europapolitischer Dispositionen, die auf Analogien zwischen Strukturmerkmalen der EU und der nationalen Staatsorganisation rekurrieren (Wagner 1999).

Rokkan 2000). Bei den historischen böhmischen Ländern, Bulgarien, Estland, Lettland und Slowenien handelt es sich um entwickelte Peripherien in den jeweiligen Staatszusammenhängen der Habsburger Monarchie, des Osmanischen Reiches, der Sowjetunion und Jugoslawien. Dieser Modernisierungsvorsprung veranlasste die nationalen Bewegungen in diesen Peripherien, nationale Selbstdefinitionen, Interessen und Ziele eher in Begriffen ökonomischer Überlegenheit und bürgerlicher Selbstbehauptung zu formulieren, was die in Mittel- und Osteuropa kulturell und politisch bedeutsame Konfliktlinie (cleavage) zwischen Modernität und nationaler Tradition auflöste, mäßigte oder zumindest weniger polar strukturierte⁴.

Im Unterschied dazu stellten die Slowakische Republik und Polen rückständige Peripherien in der Tschechoslowakischen Föderation, in Preußen und auch in der Habsburger Monarchie dar. Folglich artikulierten die nationalen Bewegungen in diesen Ländern nationale Identität eher als Mobilisierung von Tradition und primordialer Gemeinschaft gegen die Bedrohungen der Modernität. Die Definition nationaler Identität erfolgte parallel zur Konfliktlinie zwischen Tradition und Modernität, mit der Folge, dass diese Konfliktlinie viel stärker ausgeprägt wurde. Die anderen Länder Mittel- und Osteuropas – Ungarn, Rumänien, Litauen – lassen sich weniger leicht diesen beiden Entwicklungspfaden zuordnen und liegen zwischen den beiden Polen einer modernisierenden und einer anti-modernen Projektion nationaler Identität.

Die Bedeutung der Konfliktlinie zwischen Modernisierung und Traditionalismus bzw. zwischen Westernisierung und Verteidigung der autochthonen nationalen Kultur korrespondiert damit, wie europäische Identität in nationalen Diskursen konstruiert und beansprucht wird. In denjenigen mittel- und osteuropäischen Ländern, wo sich die Konfliktlinie stärker entwickelte und die Konfiguration des Parteiensystems nach 1989 mitbestimmte, rangiert europäische Identität mehr im Zentrum politischer Kontroversen und ‚Europäisch-sein‘ stellt ein Deutungsmuster dar, das von westorientierten Teilnehmern am öffentlichen Diskurs argumentativ gegen die - als Anti-Europäer identifizierten - Traditionalisten verwendet wird. Die Diskussion in der polnischen Zeitung *Gazeta Wyborcza* über die nationalistische *Endecja*-Bewegung der Zwischenkriegszeit ließe sich als Beispiel für die parteiische Bedeutung europäischer Identität nennen (Krzeminski 2001: 63), ebenso wie die öffentliche Debatte über den EU-Beitritt bzw. die EU-Kritik während der Meciar-Zeit in der Slowakei.

In Ländern mit einer weniger polaren modern-traditionalen Konfliktlinie wird europäische Identität als etwas selbstverständliches konstruiert, als Teil des übergreifenden nationalen Konsenses und nur von ephemerer Bedeutung für aktuelle politische Debatten.⁵ Die slowenische Diskussion über den EU-Beitritt liefert ein gutes Beispiel für diese konsensuelle Bedeutung europäischer Identität, auch deshalb weil sie zeigt, dass der Rahmenkonsens zwischen den politischen Akteuren nicht mit einer integrationistischen Haltung gegenüber der EU einhergehen muss (Adam/Hafner-Fink/Uhan 2001; Plavšak 2001).

⁴ Zur Bedeutung des cleavage-Konzeptes vgl. grundlegend Lipset/Rokkan 1967; zur Rolle von cleavages in der Strukturierung von Parteiensystemen in Mittel- und Osteuropa vgl. Kitschelt 1999; Merkel/Sandschneider 1997.

⁵ Kitschelt und seine Mitarbeiter stoßen in ihrem Vergleich der Parteiensysteme auf eine ähnlich dominante Stellung des ökonomischen links-rechts cleavages in Tschechien und Bulgarien gegenüber bedeutenderen soziokulturellen cleavages in Polen und Ungarn (1999: 288). Zur Erklärung verweisen sie jedoch nur auf die Bedeutung nationaler Befreiungskämpfe gegen den Stalinismus und verorten die Unterschiede und Gemeinsamkeiten nicht in einer komparativen, historisch-makrosoziologischen Analyse.

Die unterschiedlich starke Ausprägung der modern-traditionalen Konfliktlinie kann jedoch nur teilweise erklären, warum die der EU-Integration zugeschriebenen Funktionen sich je nach Beitrittsland unterscheiden (Grabbe and Hughes 1999). Eine – notgedrungen kursorische – Beobachtung der in der öffentlichen Diskussion genannten Argumente und Zweckbestimmungen ergibt das folgende Bild (vgl. Drulák 2001): In Estland, Ungarn und Slowenien scheint die Integration primär als Politikinstrument zur Überwindung sozioökonomischer Rückständigkeit gesehen zu werden. In Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien und der Slowakei scheinen Befürworter der EU-Integration diese vor allem als Strategie zur Verbreitung bürgergesellschaftlicher und moderner Identitäten zu interpretieren. Die besondere Bedeutung dieser Funktionszuschreibung in einigen dieser Länder könnte mit der stärker parteinehmenden Instrumentalisierung der europäischen Identität und der EU-Integration zusammenhängen. Verglichen mit der hier nur schwach sichtbaren Korrelation liefert die staatssozialistische Vergangenheit eine relativ einfache und robuste Erklärung, warum in den Baltischen Staaten und Slowenien die EU-Integration insbesondere auch als eine Form des Schutzes gegen einen hegemonialen Nachbarn gesehen wird. Im Unterschied zu den bisher genannten Funktionszuschreibungen scheint die Funktion des EU-Beitritts als Schlüssel zu finanziellen Hilfen nur eine untergeordnete Bedeutung in der Diskussion zu besitzen. Während die EU-Integration normalerweise als Transfer von Souveränitätsrechten von der nationalen auf die supranationale Ebene gesehen wird, ist die gegenteilige Perspektive, wonach die Übertragung von Entscheidungsrechten auf EU-Ebene die staatliche Steuerungskapazität erhöht, auch plausibel. Eine solche Zweckzuweisung hat bisher ebenfalls nur nachrangige Bedeutung in den Beitrittsdiskussionen erhalten.

3 Varianten des Euroskeptizismus

Die Interessen von gesellschaftlichen Gruppen und ökonomischen Sektoren, die von der Integration negativ betroffen oder bedroht sind, werden bisher in drei verschiedenen Argumentationsmustern artikuliert (Brusis 2000; Gyárfášová 2001; vgl. allgemein Tang 2000):

Zu den besonders weit verbreiteten Formen der EU-Kritik in Mittel- und Osteuropa gehören Argumente, die eine Bedrohung nationaler Eigenarten bzw. der wieder gewonnenen nationalen Souveränität und Würde durch die EU-Mitgliedschaft feststellen. Politische Akteure, die diese traditionell-konservativen Argumente artikulieren, sind u.a. die klerikal-konservativen Gruppen um die Polnische Verständigung (*Porozumienie Polskie*) und das *Radio Maryja* in Polen, die Slowakische Nationalpartei und die Partei ‚Ungarische Wahrheit und Leben‘ (MIÉP) in Ungarn. Extreme und mainstream-Euroskeptiker scheinen sich dieses traditionell-konservativen Argumentationsmusters zu bedienen (Taggart/Szczerbiak 2001).

Eine zweiter Typ euroskeptischer Argumentation kritisiert die etatistischen Aspekte der ‚Brüsseler Bürokratie‘, die der ökonomischen Dynamik und Liberalisierung, wie sie in den Transformationsländern erreicht und befürwortet wird, Schaden zufügen. Die Demokratische Bürgerpartei von Václav Klaus in der Tschechischen Republik ist der bekannteste politische Akteur, der dieses liberal-konservative Argumentationsmuster benutzt.

Die dritte Form euroskeptischer Argumentation sieht die ökonomische Integration mit Westeuropa als Ausverkauf nationaler Vermögensgüter und mühsam erarbeiteter Werte, als Opferung des Landes gegenüber den Kräften des globalen Kapitalismus. Diese sozialistisch-populistische Argumentationslinie war bisher weniger präsent im öffentlichen Diskurs der

Beitrittsländer, vor allem da die meisten linksorientierten Parteien in der Region die EU-Integration klar unterstützen.

Die drei Varianten der EU-Kritik lassen sich nicht aus rein strategischen Kalkülen von Parteien erklären, die sich entweder in einer Randlage oder mainstream-Position im Parteiensystem befinden (Taggart/Szczerbiak 2001). Vielmehr korrespondieren sie mit den Konfliktlinien, die Parteiensysteme und Politik in den Beitrittsländern strukturieren. Der traditionell-konservative Euroskeptizismus stellt eine Diskursstrategie der Traditionalisten gegen die westorientierten politischen Akteure dar. Insofern ist es kein Zufall, dass der traditionell-konservative Euroskeptizismus in Ländern mit einer stärker ausgeprägten modern-traditionellen Konfliktlinie im Parteiensystem – wie Polen mit seiner Opposition zwischen katholisch-konservativen Gruppen und laizistischen Liberalen, aber auch Ungarn (zumindest für das erste Jahrzehnt nach dem politischen Übergang) – markanter in der öffentlichen Diskussion repräsentiert wird.

Den liberal-konservativen Euroskeptizismus kann man als Diskursstrategie interpretieren, die auf die tradierte ‚postsozialistische‘ Konfliktlinie zwischen Kommunisten und Anti-Kommunisten einerseits, die sich neu herausbildende Konfliktlinie zwischen Etatismus und Liberalismus andererseits Bezug nimmt. Dieses Argumentationsmuster versucht die anti-kommunistische Kritik am paternalistisch-autoritären Staat mit neoliberalen Konzepten einer Marktwirtschaft ‚ohne Adjektive‘ zu verbinden. Der sozialistisch-populistische Euroskeptizismus war bisher auch deshalb eine weniger erfolgreiche Diskursstrategie, weil die Arbeit-Kapital-Konfliktlinie in Mittel- und Osteuropa weniger entwickelt ist und weil es etwaigen Bezugnahmen auf positive Errungenschaften staatssozialistischer Zeiten an Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft mangelt.

4 Europäische nationale Identitäten und die Kommunikation der EU

Sofern die These zutrifft, dass die Definition europäischer Identität und die euroskeptischen Argumentationsmuster eng mit der Konfiguration von Konfliktlinien und der Parteipolitik in den Beitrittsländern verbunden sind, lassen sich drei Schlüsse für die Politik der EU zur Unterstützung pro-europäischer Identität ziehen:

(1) Euroskeptizismen resultieren nicht nur aus einem Informationsmangel, der durch die Übersetzung von PR-Material in die nationalen Sprachen und die Verteilung von Informationsmaterial überwunden werden kann. Informationskampagnen können nicht eine umfassendere politische Debatte ersetzen, die sich auf die zugrundeliegenden Konfliktlinien bezieht und den politischen Konsens für die EU-Mitgliedschaft und –Integration zu erweitern sucht.

(2) Da nationale Definitionen und Konnotationen der europäischen Identität variieren, erfordern sie eine sorgfältige Beobachtung der politischen Debatte in jedem einzelnen Land und eine national spezifische Kommunikationspolitik der EU. Diese Kommunikationsproblematik spiegelt sich beispielsweise darin wider, wie föderal orientierte Finalité-Vorschläge zur EU in Beitrittsländern rezipiert werden, die selbst eine negativ assoziierte föderale Vergangenheit haben.

(3) Debatten über die Definition europäischer Identität zeugen nicht nur von kontroversen

außenpolitischen Prioritäten der politischen Eliten. Vielmehr erfüllt die Propagierung ‚europäischer Zugehörigkeit‘ gegen konkurrierende nationale Identitätsbestimmungen eine wichtige Funktion im Hinblick auf die Konsolidierung von Demokratie und die Verbreitung einer *civic culture* in Mittel- und Osteuropa (Schöpflin 2000). Die Konstruktion nationaler Identität als inhärent europäisch und damit als eingebettet in europäische Werte und Normen hat die Institutionalisierung der Zivilgesellschaft ermöglicht und befördert.

Die EU hat die spezifische Wirkungsdimension der Erweiterung für eine demokratie-stützende Definition nationaler europäischer Identität in den Beitrittsländern bisher vernachlässigt, wie eine Studie des EU-internen *think tanks*, der Gruppe für Prospektive Analysen, einräumt:

„There seems to be a real need to establish a process (...) aimed at creating a wider understanding for the principles of European integration. (...) the concept of European identity (...) should also be widened to embrace the cultural, historical and social specificity of Eastern Europe“ (Forward Studies Unit 1998: 30).

Die EU-Kommission versuchte, zu einem solchen, weiter gefassten Verständnis europäischer Integration insofern beizutragen, als sie im Mai 2000 eine Kommunikationsstrategie zur Osterweiterung beschloss.⁶ Die Strategie zielt darauf, das öffentliche Wissen und Verständnis für die EU in den Beitrittsländern zu verbessern, Implikationen des Beitritts für jedes Land sowie die Verbindung zwischen der Tempo der Beitrittsvorbereitung und dem Verhandlungsfortschritt zu erklären.

So wichtig eine Kommunikationsstrategie ist, sie ersetzt jedoch nicht die EU-interne Reflexion über die politische Rolle der EU, wie sie in den Beitrittsländern wahrgenommen wird. Was man als „komplexes Organisationslernen“ bezeichnen könnte (Wiesenthal 1993), hat nicht stattgefunden: ein Lernprozess, der über die Veränderung von *policy-outputs* hinausgeht und die Wissensbasis sowie den kognitiven Rahmen der Politikformulierung der Organisation einbezieht. Diese beiden Elemente bilden einen Teil der Organisationsidentität der EU und haben die Routinen der Problemwahrnehmung und Politikformulierung in der EU geprägt. Die EU besitzt kein eigenes Sensorium, das EU-Entscheidungssträgern und Institutionen ermöglichen würde, systematisch zu berücksichtigen, wie EU-interne Entscheidungen und Diskussionen mittel- und osteuropäische Perzeptionen beeinflussen und in den nationalen Debatten über den EU-Beitritt wirksam werden.

Ein prominentes Beispiel dafür, wie die Regierungen von EU-Mitgliedstaaten die Konsequenzen ihrer Entscheidungen für die Außenwahrnehmung der EU vernachlässigen, ist die übereilte Entscheidung zur Verhängung von Sanktionen gegen Österreich nach der Regierungsbeteiligung der rechtsextremen FPÖ. Die Art und Weise, in der diese Aktion realisiert wurde, machte die politischen Eliten der ostmitteleuropäischen Kleinstaaten plötzlich darauf aufmerksam, dass ihr Land ebenfalls zum Objekt einer ähnlichen Strafaktion werden könnte, die weniger durch konkrete Verletzungen demokratischer Prinzipien in Österreich als durch innenpolitische Prioritäten und Probleme der sanktionierenden Staaten motiviert war. Die Sanktionierung sensibilisierte Politiker der Beitrittsländer dafür, größte Vorsicht bei der Übertragung weiterer Rechte auf die EU zu üben, lieferte Anschauungsmaterial für liberal- und traditional-konservative Euroskeptiker und rief den Nutzen intergouvernementalistischer Schutzvorkehrungen in Erinnerung.

⁶ IP/00/464 vom 11.5.00, <http://europa.eu.int/rapid/>

Die laufenden Beitrittsverhandlungen geben ein weiteres Beispiel, wie nationale europäische Identitäten in den Beitrittsländern durch die EU und ihre Mitgliedstaaten geformt werden, ohne dass letztere den Einfluss ihrer Politik auf das Erscheinungsbild der EU in der Region mitreflektieren würden⁷. Bereits die italienische Blockade des Europa-Abkommens aufgrund von Restitutionsansprüchen italienischer Vertriebener kommunizierten der slowenischen Öffentlichkeit, dass

„Europe was run by nation states and its interests in some ways challenged the roots of Slovene sovereignty and identity“ (Plavšak 2001: 85).

Die maßgeblich von Deutschland und Österreich in den Beitrittsverhandlungen durchgesetzte EU-Position zur Freizügigkeit unterstrich den Primat nationaler Interessen in der EU.

Im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen der EU-Außendarstellung und der Bedeutung europäischer nationaler Identität reicht es nicht aus, wie von der Kommission in ihrer Kommunikationsstrategie beabsichtigt, die Verbindung zwischen Beitrittsvorbereitung und Verhandlungsfortschritt zu erklären. Vielmehr ist die Anwendung gemeinsamer Standards für alle Beitrittsländer in den Beitrittsverhandlungen von größter Bedeutung, da nur die glaubwürdige Kommunikation dieses Prinzips in den Beitrittsländern den Eindruck einer fairen Behandlung auf Basis objektiver Kriterien erhalten kann.

Über die Verbindung zwischen Erweiterung und europäischer Identität hinaus steht die EU vor der grundlegenden Aufgabe, das Verhältnis zwischen der europäischen Identität und der EU-Mitgliedsidentität eines Staates zu klären, und zwar sowohl in dem ihrer Erweiterungspolitik zugrundeliegenden kognitiven Rahmen als auch in der Rhetorik, mittels derer die Erweiterungspolitik kommuniziert wird.

Die EU kann ihre Position gegenüber europäischen Staaten außerhalb der EU einerseits auf eine *synekdochische* Beziehung zwischen EU-Mitgliedsidentität und europäischer Identität stützen. Dies bedeutet, dass die EU-Mitgliedschaft Teil, Repräsentation und Symbol europäischer Identität ist, aber dass die EU-Mitgliedschaft als solche eine von europäischer Identität zu unterscheidende Bedeutung hat. Europäische Identität bedeutet unzweifelhaft mehr als die EU-Mitgliedsidentität. Eine so gestaltete Beziehung zu vertreten, hat den Vorteil, dass europäische Staaten und Bürger sich als Europäer identifizieren können, ohne EU-Mitglied sein zu müssen oder zu wollen. Die EU hat deshalb weniger definitorische Verantwortung, da ihre internen Normen nicht mit dem gesamten Bestand an Normen übereinstimmen (müssen), die sich in Europa entwickelt haben und das politische Verhalten unter sowie innerhalb von europäischen Staaten regeln.

Andererseits kann die EU alternativ dazu einen kognitiven Rahmen wählen, der eine *synonyme* Beziehung zwischen EU-Mitgliedsidentität und europäischer Identität annimmt. Dies bedeutet, dass beide Vorstellungen eine gleiche Meinung haben und funktionale Äquivalente darstellen. Eine solchermaßen konfigurierte Beziehung impliziert, dass EU-Mitgliedschaft als die natürliche Entsprechung zum Besitz einer europäischen Identität definiert wird. Da die Normen, die innerhalb der EU die mitgliedstaatlichen Beziehungen und Kooperation strukturieren, den europäischen Normen entsprechen, hat die EU die Macht, diese Normen als konstitutive Elemente des ‚Europäisch-seins‘ zu definieren, als Wesensmerkmale und

⁷ Diesen Punkt hat Heather Grabbe in einem mündlichen Vortrag besonders deutlich herausgearbeitet.

Erfordernisse der europäischen Identität. Dies stellt der EU ein machtvoll Instrument zur Verfügung, politische Stabilität in ganz Europa zu erreichen: In dem Maße, wie europäische Staaten und Bürger außerhalb der EU sich als Europäer identifizieren und das Synonymitäts-Prinzip annehmen, werden sie alle Implikationen und Anforderungen akzeptieren, die die EU an die Mitgliedschaft knüpft – nicht als von außen verfügte Konditionalität, sondern als zu internalisierende Norm. Europäer außerhalb der EU werden ihre Nicht-Mitgliedschaft als Abweichung von der Normalität wahrnehmen und versuchen, eine kognitive Konsistenz zwischen ihren divergierenden Selbstwahrnehmungen als Europäer und als Nicht-Mitglieder der EU herzustellen. Diese Perzeption dominierte in den frühen neunziger Jahren in Mittel- und Osteuropa und findet sich noch immer in feierlichen Erklärungen von Politikern wie z.B. des ehemaligen bulgarischen Ministerpräsidenten Kostov:

„Our European identity was buried for long after the Second World War and came back to life ten years ago as an aspiration to European Union membership“ (Ivanov 2001: 165).

Bisher konnten die EU-Politiker die Erweiterung steuern, indem sie die synonyme und synekdochische Beziehung zwischen der EU-Mitgliedsidentität und der europäischen Identität miteinander vermischten. Die intendierte Vagheit der Beziehung zwischen beiden Identitätsdefinitionen ermöglichte EU-internen Kritikern der Erweiterung, eine synonyme Beziehung mitzutragen, während sie in Wirklichkeit eine synekdochische Beziehung präferierten. Sie ermöglichte den politischen Vertretern der Beitrittsländer auch, unpopuläre Maßnahmen mit Bezug auf die Synonym-Beziehung zu legitimieren. Beide Beziehungen sind jedoch zunehmend schwierig miteinander zu vereinbaren, denn die Türkei mit ihrem Beitrittsantrag und die sich abzeichnenden Mitgliedschaftsambitionen der Ukraine und Russlands stellen die Glaubwürdigkeit der Synonymitäts-Vorstellung in Frage. Der Kern des Problems besteht nicht darin, die Grenzen Europas zu finden und zu ziehen. Es geht vielmehr darum, das synekdochische und synonyme Konzept europäischer Identität auszubalancieren und dabei die Funktion und Relevanz einer europäischen nationalen Identität für den Demokratisierungsprozess in Mittel- und Osteuropa ernsthaft zu berücksichtigen.

5 Fazit

Dieser Beitrag argumentiert, dass eine ‚europäische nationale Identität‘ die politisch-kulturelle Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa ermöglicht. Die Kommunikationsbedingungen für diese Identitätskonstruktion unterscheiden sich danach, wie in den Gesellschaften der Beitrittsländer nationale Identität definiert wird und wie deutlich die in Mittel- und Osteuropa grundlegende sozialkulturelle Konfliktlinie zwischen Modernität und Tradition ausgeprägt ist. Die beiden Rahmenbedingungen des öffentlichen Diskurses korrespondieren mit der historischen Konstellation der Nationalstaatsbildung. Es ergeben sich zwei idealtypische Muster: Die Gründungsbedingungen entwickelter Peripherien begünstigen einen modernisierenden Nationalismus und schwächen die modern-traditionale Konfliktlinie. Dies trifft vor allem auf Tschechien, Estland, Lettland, Slowenien und Bulgarien zu, in denen sich politische Akteure eher indifferent gegenüber dem Thema ‚europäische nationale Identität‘ verhalten, diese Identität zu den unhinterfragten Selbstverständlichkeiten des öffentlichen Diskurses gehört, und die liberal-konservative Euroskepsis in der öffentlichen Debatte stärker präsent ist. Die Gründungskonstellation rückständiger Peripherien dagegen fördert einen anti-modernen Nationalismus und eine stark ausgeprägte, polarisierte modern-traditionale Konfliktlinie. In Ländern wie Polen und der Slowakei entzündeten sich am Thema

‚europäische nationale Identität‘ politische Grundsatzdebatten, und im öffentlichen Diskurs überwiegt die traditional-konservative Euroskepsis.

Um europäische nationale Identitäten in den Beitrittsländern zu unterstützen, sollte die EU die im ersten Abschnitt beschriebene Engführung der EU-Debatte in den Beitrittsländern auf Beitrittsfragen verändern. Die Debatte über die Zukunft der EU wurde bisher vor allem in der heutigen EU abgehalten, ohne die Beitrittsländer als gleichrangige Partner einzubeziehen. In der Öffentlichkeit der Beitrittsländer wurden die in der Zukunfts- und Vertragsdiskussion umstrittenen Themen (konsequenterweise) als interne Probleme der EU wahrgenommen.

Diese Entkopplung von EU-interner und beitriffsfokussierter Beitrittslandperspektive hat den auferlegten Charakter der EU-Mitgliedschaft in der Perzeption der Beitrittsländer verstärkt. Eine derartige Einstellung präjudiziert Einstellungen und politische Dispositionen der zukünftigen neuen Mitgliedstaaten gegenüber der EU; sie impliziert, dass die neuen Mitgliedstaaten in einer vorfabrizierten, nicht durch sie mitgeschaffenen institutionellen Umgebung auch frei von Verantwortung sind, gemeinschaftliche Angelegenheiten als Ziele eigenen Rechts und nicht aus eigenem Interesse, in einer instrumentellen Weise zu vertreten.

Die EU sollte daher den Beitrittsfokus der öffentlichen Diskussion in den Beitrittsländern durch einen Mitgliedschaftsfokus ergänzen. Eine geeignete politische Strategie würde die Debatte über die Finalität der EU und der europäischen Integration für die Beitrittsländer öffnen und sie als offenen, verfassungsbildenden Prozess organisieren, der alle europäischen Länder einbezieht. Sie würde die Bürgergesellschaft in den Beitrittsländern ermutigen, über ihre zukünftige Mitgliedsrolle in der EU zu reflektieren und ihre nationalen Interessen in den Beitrittsverhandlungen neu zu definieren, indem sie aus der Perspektive zukünftiger Mitgliedschaft neu bewertet werden.

Literatur

- Adam, Frane/ Hafner-Fink, Mitja/ Uhan, Samo: Slovenia and the European Union: Attitudes and Perceptions. In: Tamás, Pál/ Becker, Ulrike (Hrsg.): The Countries of Central and Eastern Europe and the EU: Attitudes and Perceptions. Berlin: Informationszentrum Sozialwissenschaften, 2001, S.141-157
- Brodský, Jiri: The Czech Experience of Identity. In: Drulák, Petr (Hrsg.): a.a.O., 2001, S. 21-38
- Brubaker, Rogers: Nationalism Reframed. Nationhood and the National Question in Europe. Cambridge: Cambridge University Press, 1996
- Brubaker, Rogers: The Manichean Myth: Rethinking the Distinction between Civic and Ethnic Nationalism. In: Kriesi, Hanspeter et al. (Hrsg.): Nation and National Identity. The European Experience in Perspective. Chur/Zürich: Rüegger, 1999, S.55-72
- Brusis, Martin: Vergemeinschaftungsfreundlich oder auf Vetopunkte bedacht. Koordinaten der Integrationsbereitschaft der ostmitteleuropäischen Länder. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 13.11.2000
- Drulák, Petr (Hrsg.): National and European Identities in the EU Enlargement: Views from Central and Eastern Europe. Prague: Institute of International Relations, 2001
- Forward Studies Unit: Survey of National Identity and Deep-Seated Attitudes towards European Integration in the Ten Applicant Countries of Central and Eastern Europe. Brussels: European Commission, 1998
- Gyárfášová, Olga: From Defense against the "Others" to Formulation of Own Interests: The Case of Slovakia. In: Drulák Petr (Hrsg.): a.a.O. , 2001, S. 39-56
- Haller, Max: Voiceless Submission or Deliberate Choice? European Integration and the Relation between National and European Identity. In Kriesi, Hanspeter et al. (Hrsg.): Nation and National Identity. The European Experience in Perspective, Chur/Zürich: Rüegger, 1999, S. 263-296
- Ivanov, Andrey: The Crystallization of European Identities: The Bulgarian Case. In: Drulák, Petr (Hrsg.): a.a.O., 2001, S. 161-178

- Jacoby, Wade: Tutors and Pupils: International Organizations, Central European Elites, and Western Models. In: *Governance* 14 (2), 2001, 169-200
- Kitschelt, Herbert et al.: Post-communist party systems: competition, representation, and inter-party cooperation. *Cambridge studies in comparative politics*. Cambridge/New York: Cambridge University Press, 1999
- Krzeminski, Ireneusz: The National Identity and European Consciousness of Poles. In: Drulák, Petr (Hrsg.): a.a.O., 2001, S. 57-68
- Lindberg, Leon N./ Scheingold, S. A.: *Europe's Would-be Polity: Patterns of Change in the European Community*. Englewood Cliffs: Prentice Hall, 1970
- Lipset, Seymour M./ Rokkan, Stein: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction. In: Dies. (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York/London: Free Press/ Collier MacMillan, 1967
- Merkel, Wolfgang/Sandschneider Eberhard: *Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997
- Niedermayer, Oskar: Trends and Contrasts. In: Niedermayer, Oskar/Sinnott, Richard (Hrsg.): *Public Opinion and Internationalized Governance*. Oxford: Oxford University Press, 1995, S.53-72
- Plavšak, Kristina: Coming Home to Europe: The Reconstruction of Slovene National Identity in Relation to Europe. In: Drulák, Petr (Hrsg.): a.a.O., 2001, S.79-94
- Risse, Thomas: A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities. In: Green Cowles, Maria /Caporaso, James /Risse, Thomas (Hrsg.): *Transforming Europe: Europeanization and Domestic Change*. Ithaca NY: Cornell University Press, 2001, S.198-216
- Rokkan, Stein: *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans*. Frankfurt: Suhrkamp, 2000
- Schödl, Günter: Die Dauer des Nationalen. Zur Entwicklungsgeschichte des "neuen" Nationalismus im östlichen Europa. In: Winkler, Heinrich August / Kaelble, Hartmut (Hrsg.): *Nationalismus, Nationalitäten, Supranationalität*, Stuttgart: Klett-Cotta, 1993, S. 123-155
- Schöpflin, George: *Nations, Identity, Power*. New York: New York University Press, 2000
- Spohn, Wilfried: Die Osterweiterung der Europäischen Union und die Bedeutung kollektiver Identitäten. Ein Vergleich west- und osteuropäischer Staaten. *Berliner Journal für Soziologie* (2), 2000, S. 219-240
- Szczerbiak, Aleks: Public Opinion and Eastward Enlargement. Explaining Declining Support for EU Membership in Poland. Sussex: Sussex European Institute, Working Paper, 2001
- Taggart, Paul/Szczerbiak, Aleks: Party Politics, Political Support and Europe: Mapping Euroscepticism in EU Candidate States of Central and Eastern Europe. Paper read at 7th Biennial International Conference of the European Community Studies Association, at Madison, USA, 2001
- Tang, Helena (Hrsg.): *Winners and Losers of EU Integration. Policy Issues for Central and Eastern Europe*. Washington D.C.: World Bank, 2000
- Wagner, Wolfgang: Interessen und Ideen in der europäischen Verfassungspolitik. Rationalistische und konstruktivistische Erklärungen mitgliedstaatlicher Präferenzen. In: *Politische Vierteljahresschrift* 40 (1999)3, 415-441.
- Wiesenthal, Helmut: *Konventionelles und unkonventionelles Organisationslernen. Ein Literaturbericht*. Berlin: Max-Planck-Gesellschaft AG Transformationsprozesse, 1993
- Wodak, Ruth et al.: *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*. Frankfurt: Suhrkamp, 1998